

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende AfD-Landesverband Schleswig-Holstein

13. Juli 2017

PRESSEMELDUNG 4/2017

„Die Union duckt sich weg – die AfD steht aufrecht“

Öffentlichkeitswirksam erklärte heute der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Mayer (CSU), die ehemalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Hamburgs Regierender Bürgermeister Olaf Scholz (beide SPD) trügen eine Mitschuld an den linksextremen Gewaltexzessen in Hamburg. „Wer wie Frau Schwesig als die damals zuständige Ministerin konsequent Präventionsprogramme gegen Linksextremismus zusammenstreicht und wie der Hamburger Bürgermeister Scholz linksradikale Zentren wie die Rote Flora nicht schließt, muß sich über einen solchen Gewaltausbruch nicht wundern. Das Ausmaß der Gewalt in Hamburg ist erschreckend. Es ist aber auch die Folge einer schon lange stattfindenden Verharmlosung des Linksextremismus“, so der CSU-Politiker Mayer.

„Dem ist inhaltlich nichts hinzuzufügen: Die Verharmlosung des Linksextremismus hat ihren Ursprung zweifellos im linken Politik- und Medienmainstream. Doch ein wichtiger Hinweis muß erlaubt sein: die Union hat sich über Jahre vor den mitverursachten Problemen des wachsenden Linksextremismus weggeduckt, Wolfgang Bosbachs Reaktion bei „Maischberger“ ist symptomatisch hierfür“, so die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein.

„Wir, Politiker und Mitglieder der AfD, können uns nicht einfach wegducken. Wir stehen seit Anbeginn unseres politischen Engagements im Visier linksextremer Angreifer. Wir können uns nicht wegducken, wollen es aber auch nicht. Für unsere Positionen stehen wir aufrecht ein!“ so die Schleswig-Holsteinische Landtagsabgeordnete abschließend.